

Bezugspreis:
Stückpreis 7,50 M., monatlich 2,50 M.,
vierteljährlich 7,50 M., halbjährlich 12,50 M.,
jährlich 25,00 M., einschließlich
Postgebühren. Unter Vorbehalt für
Deutschland u. Österreich-Ungarn 4,75 M.,
für das übrige Ausland 4,75 M., bei
jährlich einmaligen Zahlungen 7,50 M.,
Halbjährlichen Zahlungen in
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden
und der Schweiz, Eingetragen in die
Poln. Zeitung-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
zweimal Sonntag, einmal.

Telegraphische Adressen:
„Vorwärts-Verlag“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 13190-13197.

Mittwoch, den 26. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die vierteljährliche Anzeigenliste
kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“,
das vierteljährliche Wort 50 Hg. (täglich
2 Zeilenbreite). Sonstige Anzeigen
nach 25 Hg. Stellenanzeigen und
Schlüsselanzeigen nach 40 Hg.
Wörter über 16 Buchstaben zahlen für
jeweils 20 Hg. Leasinggebühren 50%,
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Anzeigen - Anzeigen
1,50 M. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
Nachmittags im Druckgeschäft Berlin
S.W. 68, Unter den Eichen 4, abgegeben
werden. - Abdruck von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Einsetzung eines Staatsgerichtshofs

Ein Gesandtenwurf über den in der Reichsverfassung
vorgesehenen Staatsgerichtshof wird in den nächsten
Tagen der Nationalversammlung zugehen. Wie wir aus
Weimar hören, sollen vor diesem Gerichtshof gestellt werden
solche Personen, die, wie Bethmann-Hollweg und Luden-
dorff, selber ein dahingehendes Verlangen geäußert haben,
ferner solche, deren etwaiges Verschulden an der Ent-
scheidung des Krieges, schuldhaftes Verhalten
während des Krieges u. dergl. nur vor dem Staats-
gerichtshof festgestellt werden kann.

Berlin, 26. März. Amlich. Bereits im November 1918 hatte
die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen
Regierung den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Fest-
stellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission ein-
zusetzen. Da eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht erfolgte,
wurde er im Januar wiederholt. Unter dem Datum des 7. März
teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in
Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mit-
teilung erhalten habe: „Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen,
daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es un-
nötig sei, auf den deutschen Vorschlag irgendeine Antwort zu
geben, da nach der Meinung der Verbündeten Regierung die Ver-
antwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst
unzweifelhaft festgestellt ist.“

Die deutsche Regierung hat daraufhin der schweizerischen
Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende
Rote zu-
stellen lassen:

In Antwortung des Schreibens vom 7. März bittet die
deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Departement,
durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London
der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche
Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung
wiedergegebene Auffassung der Alliierten nachdrücklich Ver-
wahrung einlegt. Wenn in diesem Schreiben erklärt wird, der
deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur
Prüfung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort,
weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst
unzweifelhaft festgestellt sei, so machen sich die Alliierten an, An-
kläger und Richter zugleich zu sein, und zwar in einer
Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld ge-
ligchen werden. Deutschland kann einen Urteilspruch in
dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht,
der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht
und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und
Zeugen in voller Offenheit zu erheben.

Lebensmittel.

Haag, 26. März. Der Haager Korrespondent des
WTD erzählt, daß laut Angabe der Richter Relief Commission morgen
und übermorgen zwei Dampfer mit zusammen 6000 Tonnen
Mehl von Rotterdam nach Hamburg unter Breslerung
Colonel-Rhon abfahren werden.

Haag, 26. März. Der Haager Korrespondent des
WTD meldet: Für Lieferung von Lebensmitteln aus
Holland können außer Kartoffeln, über die bereits ver-
handelt wird, noch getrocknete Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Kondens-
milch, gefolgtene Schweine- und Hammelfleisch, sowie Butter
schon in nächster Zeit in Frage. Außerdem werden über Holland
und Heberer Lebensmittel, insbesondere Getreide und Öle zu be-
ziehen sein.

Alarmstimmung im englischen Parlament.

Ganz Ägypten im Aufruhr.
London, 26. März. (Reuter.) Im Unterhause
brachte die liberale Opposition mehrere Verbesserungsanträge zur
Militärdisziplin ein. Churchill sagte, diese bezweckten, die
Militärdisziplin zu stärken. Ferner erklärte Churchill, angesichts der
letzten Vorgänge in fast allen Ländern sei eine Armeestärke von
900 000 Mann nicht übertrieben. Erst vor drei Tagen habe sich in
Ägypten eine Lage entwickelt, die eine große Gefahr in sich
schleie, und es nötig mache, die Männer, die bereits zur Demobilis-
sierung in den Häfen angelangt seien, aufzusuchen,
zu ihren Truppenkörpern zurückzuführen, damit
ihre Kameraden nicht ermordet würden. Ganz Ägypten
befinde sich in einem Zustand des Aufruhrs.
Churchill erinnerte dann an die Vorgänge am Schwarzen
Meer, in Ungarn und an der Grenze der kleinen Staaten, denen
vom Völkerbund Schutz zugesichert würde. Deutschland habe
der Verminderung seiner Armee auf 100 000 Mann noch nicht
zugestimmt. Wäre es wahrscheinlich, daß Deutschland zustimmen
würde, wenn England sich im gegenwärtigen Augenblick aller seiner
Streitkräfte beraube?
Churchill schloß mit den Worten: Wenn wir jetzt, ehe unsere
Abkündigungen gesichert sind, in einem Augenblick, wo die Ver-

hältnisse in Europa immer enger und ver-
wickelter werden, unsere Streitkräfte abrufen, würden wir mit
beiden Händen alle durch die Opfer von Millionen unserer Männer
während vier Jahren erlangten Ergebnisse wegwerfen.

Der Bolschewismus in Ungarn.

Wie man in England die Lage einschätzt.

Rotterdam, 26. März. „Times“ schreibt zu den Ereignissen
in Ungarn, daß man es anscheinend mit einer abgekarteten
Sache zwischen der ungarischen Regierung und den Kommunisten
zu tun habe, und vergleicht die Ausrufung der Sowjetrepublik in
Ungarn mit einem Bankrott, der mit betrügerischer Vorgabegah-
lung Hand in Hand gehe. Wenn weiter nichts geschehe, würde dies
eine Aufforderung an Deutschland sein, diesem Vorbilde nach-
zueifern, und dann würde die Pariser Konferenz ein Debattierklub
werden, der keine Autorität besitze. Es sei klar, daß energisch vor-
gegangen werden müsse. Ungarn habe dadurch, daß es eine Sowjet-
regierung ernannt habe, den Alliierten einen Dienst
erwiesen, indem es sie auf eine Gefahr aufmerksam gemacht
habe, die die Konferenz bisher übersehen habe. Nachdem die Politik
der Prinzen-Inseln-Konferenz mißglückt sei, müsse man eine
andere Politik an ihre Stelle setzen, und es bleibe nichts
anderes übrig, als die neuen Nationen, die die Alliierten zu er-
richtern beschloßen haben, zu stützen. Der Bolschewismus be-
ginne sich zu einem Imperialismus zu entwickeln, der für
sie selbst genau so gefährlich sei wie der frühere Kaiser und seine
Trabanten. Man werde einsehen müssen, daß, wenn Preußen jemals
wieder als eine Bedrohung für die Freiheit der Welt das Haupt
erhebe, es ein deutsches Haupt auf den Schultern des russischen
Bauern sein wird.

Revolutionengerichte.

Budapest, 26. März. (Ungar. Telegr. Korr.-Büro.) Eine Ver-
ordnung des revolutionären regierenden Rates verfügt die Auf-
stellung von Revolutionengerichten. Jedes Gericht besteht aus einem
Vorsitzenden und noch zwei Mitgliedern. Anklagekommissar sowie
Protokollführer werden von der Räteregierung ernannt. Die Revo-
lutionengerichte urteilen über die Fälle, welche die Räteregierung
besonders vor sie verweist. Das Gerichtsverfahren erfolgt ohne förm-
liche Untersuchung und ohne Anklageschrift von Anfang bis zum
Ende vor verammeltem Revolutionengericht, möglichst ohne Unter-
brechung. Die Verlesenen sind nach der Verhaftung sofort vor das
Revolutionengericht zu stellen. Die Erbringung von Beweisen, die
Stellung von Zeugen und Sachverständigen ist Blickt des Anklage-
kommissars. Das Revolutionengericht kann zu jeder
Stunde und auch unter freiem Himmel verhan-
deln. Der Beschuldigte kann wenn immer zum Verteidiger wählen,
sonst kann das Gericht von Amts wegen einen Verteidiger beistellen.
Die Entscheidung der Schuldfrage erfolgt in geheimer
Abstimmung. Die Todesstrafe kann nur mit einstimm-
igem Beschluß des Vorsitzenden und der Mitglieder verhängt
werden. Das Urteil ist inappellabel. Ein Gnadensuch hat keine
aufschlebende Kraft. Die vom Revolutionengericht verhängte Strafe
ist sofort nach Verkündung zu vollziehen.

Befestigung der neuen Ordnung in Ungarn.

Budapest, 26. März. (W.) Die Disziplin der sozialistischen
Partei hat zutage gebracht, daß sich das Regime der Räterepublik
in den drei Tagen seines Bestandes befestigte. Die energischen Ver-
teidigungen der Volkskommissare, besonders auf wirtschaftlichem
Gebiete, haben sofort beruhigend gewirkt. Aus allen Gegenden der
Provinz kommen Meldungen, daß man auch dort der großen Um-
wälzung das nötige Verständnis entgegenbringt. In allen grössten
Städten wurde die ausübende Gewalt gewählten Direktorien
übertragen.

Die Kommunisierung schreitet in Ungarn rase fort. Es wer-
den alle Unternehmungen und Betriebe als Volkseigentum erklärt,
meistens aber die Beamten derselben als Vertrauensmänner des
Volkes ernannt.

Angriff auf die Entente-Kommission.

Reuter meldet aus Budapest, daß das Haupt der militäri-
schen Mission, Oberst Vix, verwundet ist und sich in
Gefangenschaft befindet. Major Freeman von der
britischen Militärmission gelang es, aus Budapest zu ent-
kommen. Eine nicht bekämpfte Meldung zufolge soll
Karolyi ermordet sein.

Ganz Spanien unter Standrecht.

Die revolutionäre Würgung in Spanien steigt täglich.
Das Land steht vor ernstlichen Ereignissen. Einzelmeldungen
liegen noch nicht vor.
Madrid, 26. März. (Reuter.) Ueber ganz Spanien wurde
das Standrecht verhängt.

Schafft für Berlin ein Wohlfahrtsamt!

Von Dogem Dr. Johann Caspari,
Hilfsarbeiter im Vormundschafsamte der Stadt Berlin.

Eine der vornehmsten Aufgaben, vor die sich das soeben
gewählte Stadtparlament gestellt sieht, ist der Neuaufbau der
Berliner Wohlfahrtspflege. Die bisherige Zusammenfassung
der Stadtverordnetenversammlung, das starke Ueberwiegen
der kapitalistischen Vertreter hat es nicht dahin kommen lassen,
daß Berlin eine seiner würdigen Wohlfahrtspflege hat. Zu
dem Erneuerungsprozeß, den ganz Deutschland infolge der
durch den jahrelangen Krieg und seine Vogleiterscheinungen
herdorgehauenen Verwüstung seiner Volkskraft zu bestehen ge-
zwungen ist, fällt den Kommunen die Hauptaufgabe zu; an
ihnen liegt es, werftätig den Wiederaufbau des erschütterten
Volksganges zu betreiben, Volksgesundheit und Volkskraft
wieder erstarben zu machen. Dies wird nur auf dem Wege
möglich sein, daß die Gemeinden mehr als bisher zielbewusste
Wohlfahrtspolitik treiben, daß sie vor allem eine Stelle
schaffen, die gewissermaßen die Zentrale der gemeind-
lichen Kulturausgaben wird. Verschiedene deutsche
Städte besitzen derartige Einrichtungen schon, und die Kom-
munen, die noch kein Wohlfahrtsamt besitzen, werden
durch die Verhältnisse zu seiner Errichtung gezwungen
werden.

Betrachten wir die Berliner Wohlfahrtspflege, so ergibt
sich folgendes: Es besteht eine Reihe von mehr oder minder
gut arbeitenden städtischen Wohlfahrtsstellen; wir haben die
Armendirektion, die Wohlfahrtsdeputation mit ihrem Kielen-
appendix, dem Vormundschafsamte; wir besitzen ein Jugend-
amt, ein Wohnungsamt, das soeben geschaffene Heimstätten-
amt, das Medizinikamt, den städtischen Arbeitsnachweis, die
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge usw.
Daneben betätigen sich in Berlin eine Anzahl privater Wohl-
fahrtsvereine, Vereine, konfessioneller Bestrebungen der
freien Liebestätigkeit. Dies alles besitzen wir, — und doch
haben wir keine Berliner Wohlfahrtspflege, von der man
sagen könnte, daß sie ein bleibender Kulturfaktor sei. Der
Grund hierfür liegt darin, daß die städtischen Dienststellen
häufig das Gleiche tun, ohne daß die eine Stelle von der
Tätigkeit der anderen weiß, daß die freie Liebestätigkeit die
behördliche Wohlfahrtspflege nicht selten beargwöhnt und
umgekehrt, und daß es so zu einer im Interesse der Bevölke-
rung tief zu beklagenden Vergeudung von menschlicher Ar-
beitskraft, Initiative und Mitteln gekommen ist. Diese
Mängel lassen sich durch Errichtung eines städtischen Wohl-
fahrtsamts wesentlich vermeiden. Hier soll die Stelle sein,
von der die kommunalen Wohlfahrtsstellen im ein-
heitlichen Sinne geleitet werden, hier soll die enge Zu-
sammenarbeit mit der freien Liebestätigkeit und gegebenen-
falls deren Unterstützung ausgeübt werden; hier soll das
Hirn und das Herz der gesamten Wohlfahrtsbestrebungen
Berlins zum Segen der großstädtischen Bevölkerung arbeiten.

Man wende nicht ein, daß ein solches Wohlfahrtsamt
zwar für andere, weniger große Städte, nicht aber für einen
Riesenorganismus wie Berlin in Betracht käme. Das Gegen-
teil ist richtig. Gerade weil Berlin so groß ist, muß eine
Zentrale aller Wohlfahrtsbestrebungen, ein städtisches Zentralwohlfahrtsamt ge-
schaffen werden. Es soll damit nicht einer bürokratischen
Zentralisation das Wort geredet werden. Aber diejenige Or-
ganisationsform, die in immer wachsendem Maße sich als
die richtige erweist, Zentralisation mit weitestgehender De-
zentralisation, wird auch in der Frage der Organisation des
Wohlfahrtsamts die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räu-
men verstehen. Zuförderst muß eines erreicht werden, was
einer gedeihlichen Wohlfahrtspflege so hemmend im Wege
steht: der Ressortpartikularismus, die Rücksichtnahme auf
Deputations- und Kuratoriumsinteressen, die Eigenbrötelei
hat zu verschwinden! Hier heißt es großmütig durchgreifen;
nicht Einzelinteressen, das Gesamtinteresse steht in Frage!
Ich betrachte es als einen Hauptfehler der bisher geübten
Wohlfahrtspflege, daß man deren einzelne Zweige zu sehr
für sich behandelte, gewissermaßen lokalisierte, ohne zugleich
diejenige notwendige Einheit zu schaffen, die die Erfordernisse
und Besserung der die Wohlfahrtspflege bedingenden sozialen
Verhältnisse und Erscheinungen erfasst. Was nützt z. B.
Jugendfürsorge ohne eine mit ihr Hand in Hand arbeitende
Wohnungs- und Arbeitsfürsorge? Was wiederum Volksgesundheitspflege
ohne Zusammenarbeiten mit den Wohnungs- und Arbeitsfürsorge,
Jugend-
fürsorge, Volksaufklärung treibenden Stellen. Alles muß

Stückwerk bleiben, solange das Nebeneinander statt des organischen Miteinanderarbeitens herrscht.

Ohne den Aufgabenkreis und die Organisation des städtischen Wohlfahrtsamts an dieser Stelle eingehender dargelegt werden. Dem Wohlfahrtsamt werden zweckmäßig eine Reihe selbständiger Ämter unterstehen. Ich denke dabei in erster Linie an das Jugendwohlfahrtsamt (dieser Name sei statt des zwar gebräuchlichen, aber ziemlich nichtssagenden Ausdrucks „Jugendamt“ vorge schlagen) mit seinen Unterämtern: Jugendpflegeamt, Jugendfürsorgeamt, Waisenamt, Vormundschaftsamt. Am Jugendwohlfahrtsamt wäre die zentrale aller jugendfürsorglichen Bestrebungen einschließlich der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge gegeben. Das Berlin sich nicht nur mit der durch das Vormundschaftsamt geleiteten Fürsorge für ledige Schwangere begnügen darf, sondern daß diese Stelle zu einer Fürsorge für verheiratete und unverheiratete Schwangere ausgebaut wird, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Ferner müßten dem Wohlfahrtsamt unterstehen: das Wohnungsamt, dem ein mit weitgehenden Kompetenzen ausgestatteter kommunaler Wohnungsnachweis anzuschließen ist; das Armenamt, dem die Unterstützungstätigkeit nach dem Gesetz über den Unterstützungswohnsitz bliebe; das Gesundheitsamt, dem die Volksgesundheitspflege, die Fürsorge für Trinker, Epileptiker, Geisteschwache und Geistesranke zufiele; das Volkshilfsamt, das ein städtisches Volkshaus zu schaffen, das städtische Büchereimilien, städtische Vorlesungsräume und die gesamte Volkserziehungsarbeit (s. V. Unterweisung in Säuglings- und Kleinkinderpflege, Aufklärung über Volkskrankheiten und ihre Verhütung, Verbreitung von Rechtskenntnissen usw. zu leiten berufen wäre; ferner möchte ich die Errichtung eines „Rechtsfriedensamts“, wie es auch in Frankfurt am Main geschaffen werden soll, vorschlagen. Dieses Amt hat wichtige Aufgaben, so die Erteilung von Rechtsauskunft, Versuch gütlicher Einigung mit dem Gegner in Zivil-, Privatklagen und Strafsanktionsfällen; Übernahme der Funktionen eines Schiedsrichters, ferner, was besonders hervorzuheben werden soll, wäre das Rechtsfriedensamt Hilfsstelle für Personen, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, also eine kommunale Stelle für Präventivhilfe. Außerdem müßten dem Wohlfahrtsamt unterstehen das Heimstättenamt, das gesamte städtische Stiftungswesen, die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und nicht zuletzt die Mittelstands- und Handwerker- und dergleichen mehr). Aus den diese Ämter bzw. Stellen als Träger der Organisation bildenden Deputationen bzw. Kuratorien ist die Deputation für das Wohlfahrtsamt zu schaffen. Ihr wird die ungeheure schwere Aufgabe zufallen, die ersehnte Einheitlichkeit aller öffentlichen und privaten Berliner Wohlfahrtsbestrebungen herbeizuführen, die von den einzelnen Ämtern gegebenen Anregungen auszubauen und ihrerseits neue Anregungen zu geben, allgemeine Richtlinien der Wohlfahrts- und Jugendpflege zu schaffen, die vorhandenen Organisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, eine Zentralbücherei der Wohlfahrts- und Jugendpflege zu errichten und die erforderliche Zentralbibliothek anzulegen. Diesen Aufgaben kann das Wohlfahrtsamt naturgemäß nur gerecht werden, wenn es neben Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung hervorragende Kenner der Wohlfahrts- und Jugendpflege zu seinen Mitgliedern zählt.

Das Wohlfahrtsamt würde aber trotz dieser seiner Zusammenfassung ein blutleeres Gebilde bleiben, wenn es nicht zentralistisch organisiert wäre. Soll es aber gelingen, in einer Stadt wie Berlin erfolgreiche Wohlfahrts- und Jugendpflege zu treiben, will man vor allem die Fürsorge nicht wie bisher dem Zufall überlassen, will man das Vorbeugen vor das Heilen stellen, dann müssen innerhalb der Stadt Bezirkswohlfahrtsstellen, d. h. lokale Wohlfahrts-

ämter geschaffen werden. Berlin hat diesen Weg der Zentralisation in der Armenpflege durch Schaffung einiger Armenämter beschritten. Die zu schaffenden Bezirkswohlfahrtsstellen — je 1 auf etwa 200 000 Einwohner — wären berufen, für ihren Bezirk die Aufgaben des Zentralwohlfahrtsamtes zu erfüllen; sie würden also zugleich z. B. Jugendwohlfahrtsstelle, Wohnungsfürsorgestelle, Rechtsauskunftsstelle, Abteilung des Armenamts, der Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge und nicht zuletzt der Schwangerenfürsorge sein. Jede dieser Bezirkswohlfahrtsstellen müßte unter der Leitung einer in der Wohlfahrts- und Jugendpflege erfahrenen, mit den erforderlichen sozialen und juristischen Kenntnissen versehenen Persönlichkeit stehen, der außer einem Arzt, einem Juristen oder einer Juristin beruflich und ehrenamtlich tätige Hilfskräfte beizugeben wären. Die Ehrenbeamten und -bestimmten der Jugendwohlfahrtsstellen müßten, was für die praktische Arbeit erforderlich erscheint, in dem Bezirk wohnen. Sache der Organisation und der Geschäftsverteilung wird es sein, ein enges Zusammenarbeiten der Jugendwohlfahrtsstellen mit dem Wohlfahrtsamt herzustellen. Regelmäßige Zusammenkünfte, die Gelegenheit zum Austausch von Anregungen und Erfahrungen geben sollen, werden zwischen den einzelnen Leitern der Bezirkswohlfahrtsstellen und der dem Wohlfahrtsamt unterstehenden Ämter und den anderen selbständigen Dienststellen stattfinden müssen. Es dürfte sich empfehlen, aus diesen einen Zentralwohlfahrtsausschuß zu bilden.

Die vorstehenden Ausführungen sollen lediglich Anregungen geben. Ihr Zweck soll sein, die städtischen Körperschaften auf die Notwendigkeit der Schaffung eines städtischen Wohlfahrtsamtes, der Zusammenfassung aller Wohlfahrtsbestrebungen und der Zentralisation der Berliner Wohlfahrtsbestrebungen am besten der Boden vorbereitet.

### Hohenzollernbriefe aus den Novembertagen.

**Hoffnung auf Spartakus. — Wilhelm, der Unschuldige.**  
Die monarchistische „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht einige hohenzollernische Hausdokumente aus den Novembertagen. Es handelt sich um einen Brief des Kaisers an seinen ältesten Sohn vom 9. November, einem Telegrammwechsel über die weitere militärische Verwendung vielmehr Nichtverwendung des früheren Kronprinzen, datiert vom 11. November, und um einen Brief, den am gleichen Tage der frühere Kronprinz an Hindenburg gerichtet hat.

Der Brief Wilhelms an seinen Sohn hat folgenden Wortlaut:

Mein lieber Junge!

Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schwerem inneren Kampf entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ich rate Dir, bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf Deinem Posten auszuharren. In Berlin bekämpfen sich unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen. Hoffentlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten.

Dein treuer tiefgebeugter Vater Wilhelm.

Am 11. November ging dann an Genossen Ebert folgendes Telegramm:

E. K. H. der Kronprinz hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, wie jeder andere Soldat seine Pflicht zu tun. Er wird sein Heer in straffster Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückzuführen und verpflichtet sich, in keiner Weise in dieser Zeit gegen die jegliche Regierung etwas zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?

Am nächsten Abend lief folgende Antwort ein:

Nach Vortrag des Kriegsministers Scheuch mußte die Regierung die Anfrage des Kronprinzen in verneinendem Sinne beantworten.

Der Kronprinz schrieb darauf an Hindenburg einen Brief, der mit folgenden Worten beginnt:

Das Kurt Erich Neurer einleitete, wollte ganz revolutionär-ihristlicher Gegenpart sein. Das gab dem Abend ein Recht auf besondere Beachtung. Doch viel Künstlerhaftigkeit dies Recht ausgenutzt hätte, läßt sich allerdings nicht behaupten. Der Saal war nur halb gefüllt, und viel Arbeiterschaft war unter den Hörern. In welchem Maße aber konnte der neue „junge Kraftvollende Dichtergeist“, den der Dresdener Schauspielkünstler Gerd Friede vermittelte, die Hörer erobern? Das Ganze war ein kühner Versuch, aus dem sich lernen ließ. Wird er wiederholt, so wird die Erfahrung genutzt werden müssen, daß in großen Sälen das allzu differenzierte Geistige nur schwer zur gewollten Wirkung gelangen kann. Es ist wie beim Schauen von hohen Gipfeln: nur grobe Linien, nur die zusammengehörigen Farben des Ganges werden charakteristisch sichtbar, alles andere, das Einzelne, dringt nicht vor, wird nicht bemerkt, und es muß schon eine jäh aufspringende Klippe, ein den Horizont überragender Baum sein, wenn Einzelartes als Ausnahme von dieser Regel wirken will. Dies zur Beachtung für die Kunst, Festhalten in der Stoffwahl für Regitationsveranstaltungen vorzugeben. Gedichte, die in großen Sälen vorgelesen werden, müssen als gestaltetes Ganzes geschaut werden können.

Dem Programm des gestrigen Abends gaben eifrigste Gefühlsbeobachter die große Linie. Der „Aufbruch zum Sozialismus“, ein literarisch-philosophisches Manifest, das Neurer, der Dichter, selbst las, ist eine Betretung vom bloß egoistischen Individualismus. Das Hindernis von Mensch zu Mensch ist Stern und Ziel der Verständigung. „Sich hingeben ist alles“, Worte, die wie himmelstürzende Blitze sinnlich nachwirken, leuchten plötzlich auf: zwingende Ideen müssen massenmächtig sein; es gilt Menschen unter Menschen reif zu machen für ganz bewußte selbständige Freude; zu verhüten gilt, daß Menschheit am Kalteffekt des Intellekts zurunde geht. Auf dem Programmblatt nennt Neurer den Sozialismus „eine Aufwärtsbewegung, eine frohliche Zielrichtung, einen kategorischen Imperativ: Sei Mensch! Nur Mensch! In Höher und Tiefer — in Berhelium und Genug“. Dann wird die Kunst die Aufgabe der Religion übernehmen. Und weiter: „Den Künstler, der berufen ist, das Geiste und Gefühlswesen des Volkes zu heben, betrachte der Staat als Beamten der Menschheit und bejohle ihn als Soldat.“ Aus diesem Geiste ist die Schule sozial zu gestalten, auf daß Freude und Sehnsucht in den jungen Seelen aus dem Schlummer zum Reinen erwachen. Und alles Leben ist so zu befruchten: Das wirtschaftliche Moment bleibt ohne Ethos ungestaltet. Ethos ohne die stoffliche Durchleuchtung ist wie ein mineralischer Körper, dem das Od entzogen ist.“ Dies alles aber schließt lehrerhafte Aufklärung ein gegen das blutig-Barbarische der letzten Jahre. Leidenschaftlich zeichnet sie das Schreckensbild des Gelebten.

Die Gedichte von Paul Jacob, Johannes Beder, Walter Hasenclever, Franz Werfel, die Gerd Friede sprach (er las sie), waren dem Lebensstreife des Neurerischen Aufbruchs festlich verbunden. Nur einiges davon ist erst in allerjüngster Zeit entstanden. Wichtiges

In diesen für meinen Herrn Vater und mich schweren Tagen unseres Lebens muß ich mich auch von E. E. verabschieden. Liebeweg habe ich mich entschließen müssen, von der mir durch E. E. erteilten Genehmigung Gebrauch zu machen, meinen Posten als Oberbefehlshaber niederzulegen und meinen Aufenthalt zunächst im neutralen Auslande zu nehmen. Erst nach harten, inneren Kämpfen habe ich mich zu diesem Schritt durchringen können, trotzdem es mir mit allen Fasern meines Herzens widerstrebt, meine Heeresgruppe und meine tapferen Truppen, denen das Vaterland so unendlich viel verdankt, nicht in die Heimat zurückführen zu können.

Der Briefschreiber versichert dann noch einmal, daß er stets dafür eingetreten sei, den Krieg als Verteidigungskrieg zu führen und mit einem Statusquo-Frieden zu beenden. Er sei stets für einen freiwilligen Ausbau des Staats gewesen und habe das auch dem Bringen Max geschrieben. Dann fährt er fort:

Trotzdem bin ich, als die Wucht der Ereignisse meinen Herrn Vater vom Thron stürzte, nicht nur nicht gehört worden, sondern man ist über mich als Kronprinz und Thronfolger einfach zur Tagesordnung übergegangen. Ein Verzicht ist von mir weder gefordert noch geleistet worden.

E. E. bitte ich daher, Kenntnis zu nehmen, daß ich gegen die Vergewaltigung meiner Person, meiner Rechte und Ansprüche Verwahrung einlegen muß.

Schließlich beklagte sich der Kronprinz darüber, daß er dem Lande als Offizier habe wecker dienen wollen, daran aber gehindert worden sei.

Außerhalb der Hofkreise und ihrer nächsten Anhängerschaft wird man es wohl begreiflich finden, daß eine republikanische Regierung keinen Wert auf die weitere Verwendung eines Offiziers lege, der an seinen „Rechten und Ansprüchen“, Kaiser zu werden festhielt. Der Briefschreiber selbst wird von allen, die ihn kennen, als ein unbedeutender und wenig gefestigter junger Mensch geschildert, der sich von den alldeutschen und militaristischen Kreisen mehr gebrauchte ließ, als daß er durch tiefere Ueberzeugung zu ihnen gehörte. Eine hervorragende Kraft ist mit ihm nicht verloren gegangen.

Am interessantesten jedoch an der ganzen Korrespondenz ist die hoffnungsreiche Mitteilung in Berlin bekämpften sich zwei Regierungen, Ebert und Liebknecht, ein Umstand, der einen Ausblick auf „bessere Zeiten“ zu eröffnen scheint. In einer prägnanten Wendung ist hier ausgedrückt, daß die monarchistische Reaktion ihre ganze Hoffnung auf den inneren Kampf in der revolutionären Bewegung setzte und noch setzt. Ohne ihn wäre sie auch nicht wieder so munter, wie sie es schon wieder ist. Und wenn die „Freiheit“ die Schuld daran einfach den Rechtssozialisten aufbürdet, so kann darauf mit größerem Recht geantwortet werden, sie lege bei denen, die die Demokratie, kaum daß sie begründet war, schon wieder gewalttätig zu stürzen versuchten.

### Aufbau der Reichswehr.

Das Ende des „wilden Werbens“.

Die Vorarbeiten für die Durchführung des Reichswehrgesetzes sind so weit gediehen, daß eine Anzahl von Verbänden, die die Reichswehrbedingungen erfüllen, als nächstens in die Reichswehr überführt werden. Diese Verbände werden Nummernbezeichnungen bekommen; sie unterstehen dem Reichswehrminister. Es wird dann auch das sogenannte „wilde Werben“ der Vergangenheit angehören. Bisher wird nicht entbehrt werden können, daß auch für die Reichswehr auf dem Wege der Rekrutierung und lokale Freiwillige aufgerufen werden; aber diese Art des Erwerbens wird eine allgemeine dienstliche Regelung erfahren und nicht mehr der beliebigen Betätigung der einzelnen Führer und Unterführer überlassen bleiben.

### Reform des Militärstrafrechts.

Die von der Regierung angekündigte Reformvorlage betreffend die Militärstrafgerichtsordnung ist im preussischen Kriegsministerium schon seit einiger Zeit fertiggestellt. Der Entwurf ist den Ministerien der Kriegsmarine und dem Reichsmilitärgericht zur Prüfung zugestellt worden und wird demnächst den Gegenstand der Beratungen im Reichsministerium bilden.

### Massensuggestion.

Eine kleine Beobachtung aus dem Alltagsleben.

Untergrundbahn: Am Eingang eines zum Bersten überfüllten Wagens zweiter Klasse steht ein junger Mann, d. h. eigentlich steht er nicht, er wird vielmehr in die Erde gedrückt. Er ist still und harmlos, macht eher einen in sich gekehrten als aufspringenden Eindruck und ist niemandem im Wege. Plötzlich hält der jugendliche Mann den Kopf nach oben. Mehrere Passagiere wollen aussteigen; sie drängen und schieben. Einer sieht den jungen Mann an: Waschen Sie doch Ihre Nase!

Towohl, ruft ein anderer, was machen Sie sich denn hier so breit!

Ein Tumult entsteht.

Schamlos! n doch raus, den Kerl!

Plötzlich kommt von irgend woher ein kräftiger Stöß mit dem Ellenbogen, der den erschrockenen jungen Mann im Nu aus dem Wagen forschert, und nun hageln Büsse von allen Seiten. Wer bis jetzt still war, fängt mit an laut zu schimpfen, und ein Sprachgelehrter hätte gute Gelegenheiten gehabt, einen Witz in den Worten unseres Volkes auf diesem Gebiete zu werfen. Alles räumt auf den jungen Mann ein, als wäre gerade der der eine, der an der Ueberfüllung der Untergrundbahn schuld ist. Wie gut, wenn der allgemeine Kerger ein Objekt gefunden hat, an dem er sich einen Augenblick lang stützen, also entspannen kann. Ja, das tut wohl. Einer macht dem andern nach und fängt sich im Gedränge der Allgemeinheit geborgen. So ist es ja immer gewesen.

In der kleinen Alltagsbeobachtung sehen wir wieder einmal, wie die Allgemeinheit arbeitet. Sie urteilt niemals, denn Urteile sind noch immer Eigengedächtnis gewesen, sie folgt dem Liebes-Triebe oder sind blind und vor allen Dingen ostentativ. Dagegen gibt es nur ein Mittel: eine ganz ureigene Urteilskraft. Und das ist zu allen Zeiten ein Wunderkraut gewesen, von dem es heißt: aller hundert Jahre wachse es nur einmal und obendrein dreifach, es kann meißeln, ohne daß jemand es gefunden und seine wunderbare Heilkraft gekostet habe.

Heinz Eigenpfeiler.

### Revolution und Künstler.

Kann Gefühl und Idee der Revolution, die heute das Blut der Vorparlamentsdrängen umtreibt, aus der Luft vergangener Revolutionen herab zum Ausdruck gebracht werden? Wie das möglich ist, hat nennlich das Künstlerpaar Brandt im Meisterstück erprobt und erwiesen. Das gefrige Programm im Pflückerhof,

ging mitten im Krige auf und ist Empörung gegen ihn. (Gastgelebens monumentaler Jörnstein: Lucan spricht in der Kammer!) Doch schon vorher wurden im Kreise dieser vier Vocien Gebilde geschaffen, die in da Programm Neurers passen. Dieser revolutionäre Künstlerbund hat eben nicht politischen Ursprung, er keimte aus den Schollen des sozialen Lebens; die politischen Ereignisse haben aber sein Aufblühen voll Abscheu, Hohn und Buz vollends vulkanisiert. Für die Entwicklung des Geistes, der die Revolution sah liegen ließ, ist das von Belang. Es gibt aber auch dieser Dichtung besondere Bedeutung und Sempel ebenso den Wert des gestrigen Abends ab. Deshalb trotz des Vortrags, der den schwierigen Anforderungen dieser pathoshaften, oft in Quaderblöcken gegliedert bewandten Dichtung gewachsen war, einige Gebilde nicht durchdrangen, wurde schon bestimmt angekündigt: Anders wieder among die Hörer und wurde lebhaft begrüßt. An dieser Wirkung hatten alle vier Dichter Anteil. Lauter Beifall folgte der jehischen Uebersetzung eines Gedichtes von Verhaeren, dessen Schlußvers laut: „Bruder, haue meinem Schritt zu dir bis Stufen!“ Der Grundgedanke des Programms, der hier Klang, kündete. Wir möchten wünschen, daß bald ein Weg gefunden wird, die Gebilde, die den Geist dieses Abends haben, gemeinsam leicht erreichbar zu machen. 24.

### Notizen.

Der Wettbewerb zur Nationalversammlung. Briefmarke hat, wie sich erwarten ließ, Tausende von Entwürfen gezögert, die jetzt im Reichspostmuseum ausgestellt worden sind. Preisgekrönt wurden die Entwürfe eines Berliners und eines Münchener.

Waldemar Meyer-Luarisch. In sechs Konzerten, deren letztes gestern Abend in der Singakademie stattfand, hat Professor Meyer mit seinen drei Gebrüdern (Gertrud Steiner-Kochstein, Max Steiner und Aris Bedor) sämtliche Streichquartette vorbekannt — es sind ihrer 16 — zur Aufführung gebracht. Unter mannigfachen Lebensumständen, aus besonderen Anlässen und zu verschiedenen Zeiten entstanden, bilden sie noch Inhalt und Ausdruck eine so bedeutende als willkommene Ergänzung des Bildes ihres Schöpfers. Den Beschluß machten — in chronologischer Folge — op. 132 in A-moll und op. 135 in F-dur. Dort nehmen wir Anteil an einem von so warmem Felden Gewesenden, der im Wolke-Wagato-Sage der Gottheit seinen heiligen Dankgesang entgegenbringt, um dann im Demutglauben neuer Kräfte wieder zu neuen Taten zu schreiten. In dem zweiten Werke konzentriert sich nach einem hüpfenden Allegretto und hümmlichen Trochee der Anhalt auf den Tenta-Son, worin ein folgenreicher Entschluß gefaßt wird, der zunächst im Grave noch nach rückgängiger Lösung trachtet, bis er im raschen Allegro sein endgültiges Fu zu bekräftigt. Es war ein hoher Genug, dem Streich-Quartett zu lauschen, das im Wieder- und Zusammenspiel der Instrumente eine seltene Reinheit und Sattigkeit des Tones hören ließ. Daß dabei auch Beckhovens herber Galgenhumor zu heller Wirkung gebracht wurde, erübrigt sich, zu sagen. ek.



